

## **Datenschutzrechtliche Informationen gem. Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)**

Mit den folgenden Hinweisen möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zustehenden Rechte und Ansprüche nach den ab dem 25. Mai 2018 geltenden Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) unterrichten.

### **Name und Anschrift des für die Verarbeitung Verantwortlichen:**

Verantwortlich für die Datenerhebung und -verarbeitung ist die Ingenieurversorgung Baden-Württemberg, Einrichtung der Ingenieurkammer Baden-Württemberg, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Heidehofstraße 21, 70184 Stuttgart, [info@ingenieurversorgung.de](mailto:info@ingenieurversorgung.de), Tel.: (0711) 60722312.

### **Name und Anschrift des Datenschutzbeauftragten:**

Andreas Mückl, DDSB GmbH, Untere Dornäcker 21, 72379 Hechingen, [datenschutz@ingenieurversorgung.de](mailto:datenschutz@ingenieurversorgung.de), Tel.: (07471) 50101- 10

### **Welche Daten nutzen wir und woher stammen diese?**

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen unserer gesetzlichen Verpflichtung zur Versorgung unserer Teilnehmer und ihrer Hinterbliebenen von diesen erhalten. Soweit es für die Feststellung der Teilnahme, der Beitragspflicht und der Leistungsansprüche erforderlich ist, verarbeiten wir personenbezogenen Daten, die wir von Dritten in zulässiger Weise erhalten haben (z. B. öffentliche Stellen wie die Ingenieurkammer, Sozialversicherungsträger, Gerichte, Meldebehörden, Finanzämter sowie Arbeitgeber).

Personenbezogene Daten können insbesondere sein:

Name, Kontaktdaten, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Familienstand, Art und Form der Berufsausübung, Studienabschluss, Berufseinkommen, Steuer-ID, Ausbildungs- und Studienzeiten, Daten zum Versorgungsausgleich, Gesundheitsdaten und Gutachten zur Berufsunfähigkeit, Bankkontodaten, Arbeitgeberdaten.

Wir verarbeiten ferner weitere personenbezogene Daten, die wir während der Teilnahme und des Leistungsbezugs bzw. im Vorfeld durch persönliche, telefonische oder schriftliche Kontakte, durch Sie oder uns veranlasst, erheben, z. B. Informationen über den Übermittlungskanal (Telefon, Email, Fax), Datum, Anlass und Ergebnis des Kontakts, Kopien des Schriftverkehrs.

### **Zwecke, für die Verarbeitung personenbezogener Daten sowie Rechtsgrundlage für die Verarbeitung**

Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. c DSGVO / § 21 Ingenieurkammergesetz i. V. m. § 39 Satzung der Ingenieurversorgung Baden-Württemberg).

Wir unterliegen diversen rechtlichen Verpflichtungen, d. h. gesetzlichen Anforderungen (z. B. Sozialgesetzen) und aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören die Erfüllung steuerlicher und sozialversicherungsrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten.

Sie sind gemäß § 21 Ingenieurkammergesetz i. V. m. § 39 der Satzung des Versorgungswerks dazu verpflichtet, die personenbezogenen Daten anzugeben, die von der Ingenieurversorgung benötigt werden, um den gesetzlichen Versorgungsauftrag erfüllen zu können.

Bitte beachten Sie, dass dies keine vollständige oder abschließende Aufzählung der möglichen Rechtsgrundlagen ist, sondern es sich hierbei lediglich um Beispiele handelt, welche die datenschutzrechtlichen Rechtsgrundlagen transparenter machen sollen.

### **Wer bekommt Ihre Daten?**

Innerhalb der Ingenieurversorgung erhalten diejenigen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten brauchen. Weitere Empfänger personenbezogener Daten können z. B. sein: Öffentliche Stellen und Institutionen (z. B. Gerichte, Aufsichtsbehörden, Sozialversicherungsträger, Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA).

Auftragsverarbeiter, an die wir zur Durchführung der Verwaltungsaufgabe personenbezogene Daten übermitteln (z. B. Dienstleister zur Akten- Datenträgervernichtung, EDV-/IT-Dienstleister, Wirtschaftsprüfergesellschaft, Zahlungsverkehrsdienstleister, ärztliche Gutachter).

### **Werden Daten in ein Drittland übermittelt?**

Eine Datenübermittlung in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR findet nur statt, soweit dies zur Ausführung Ihrer Aufträge (z. B. Zahlungsaufträge) erforderlich oder gesetzlich vorgeschrieben ist (z. B. steuerrechtliche Meldepflicht) oder Sie uns eine Einwilligung erteilt haben.

### **Wie lange werden die Daten gespeichert?**

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten, solange es für die Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten erforderlich ist. Hierbei ist zu beachten, dass das Versorgungsverhältnis über viele Jahre und hinsichtlich der Hinterbliebenenversorgung über den Tod des Teilnehmers hinaus angelegt ist. Sind die Daten für die Erfüllung der Versorgungsaufgabe oder sonstiger gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, werden diese gelöscht.

Wir beachten die handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungsfristen (sechs bis zehn Jahre). Außerdem ist eine Weiterverarbeitung zur Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften erforderlich. Nach den Verjährungsfristen des Verwaltungsverfahrensgesetzes können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen.

### **Ihre Datenschutzrechte**

Als von der Datenverarbeitung betroffene Person stehen Ihnen zahlreiche Rechte zu. Im Einzelnen sind dies: Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO; Sie haben das Recht, Auskunft über die von uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten). Berichtigungs- und Löschungsrecht (Art. 16 und Art. 17 DSGVO; Sie können von uns Berichtigung falscher Daten und – soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind – Löschung Ihrer Daten verlangen). Recht auf Einschränkung der Verarbeitung und Widerspruchsrecht (Art. 18 und Art. 21 DSGVO; Sie können die Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie der Verarbeitung widersprechen). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen.

Sie können zudem eine Beschwerde bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz Baden-Württemberg einreichen, wenn Sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen geltendes Recht verstößt.